Reichsgesetzblatt

Teil II

1923	Ausgegeben zu Berlin, den 19. Juli 1923	Nr. 26

Inhalt: Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Reichshaushaltsplane für das Rechnungsjahr 1923. S. 303. — Gesetz über Ermächtigung der Reichsregierung zur Verlängerung der Gültigkeitsdauer des vorläufigen Handelsübereinkommens zwischen der Deutschen Regierung und der Königlich Spanischen Regierung S. 308. — Gesetz über ein deutsch-portugiesisches vorläufiges Handelsübereinkommen. S. 309. — Gesetz über den Notenumlauf der Privatnotenbanken. S. 313. — Bekanntmachung, betreffend die Ratifikation des am 25. März 1923 zwischen dem Deutschen Reiche und der Schweizerischen Eidgenossenschaft in München abgeschlossenen Zusatzabkommens zum deutsch-schweizerischen Abkommen vom 6. Dezember 1920, betreffend schweizerische Goldhypotheken in Deutschland und gewisse Arten von Frankenforderungen an deutsche Schuldner. S. 314. — Verordnung zur weiteren Erhöhung der Gebühren in Musterregistersachen. S. 314. — Verordnung zur Eisenbahn-Verkehrsordnung. S. 314.

Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Reichshaushaltsplane für das Rechnungsjahr 1923. Vom 11. Juli 1923.

Der Reichstag hat das folgende Gesetz beschlossen, das mit Zustimmung des Reichsrats hiermit verkündet wird.

Artikel 1

Dem Reichshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1923 treten hinzu:

	im ordentlichen Haushalt			im außerordentlichen Haushalt		zusammen	
	an Einnahmen auf Mark	an fortdauernden Ausgaben auf Mark	an einmaligen Ausgaben auf Mark	an Einnahmen auf Mark	an Ausgaben auf Mark	an Einnahmen auf Mark	an Ausgaben auf Mark
für die allgemeine Reichsverwaltung	—	13 178 163 750 000	10 000 000 000	18 848 850 000 000	18 848 850 000 000	18 848 850 000 000	32 037 013 750 000
für die Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung	—	—	—	846 850 000 000	846 850 000 000	846 850 000 000	846 850 000 000
für die Verwaltung der Deutschen Reichsbahn	—	—	—	6 020 000 000 000	6 020 000 000 000	6 020 000 000 000	6 020 000 000 000
für die Ausführung des Friedensvertrags	2 500 000 000 000	2 500 000 000 000	—	1 000 000 000 000	1 000 000 000 000	3 500 000 000 000	3 500 000 000 000

Artikel 2

Der Reichsminister der Finanzen wird ermächtigt, zur Bestreitung einmaliger außerordentlicher Ausgaben nach Verkündung dieses Gesetzes die Summe von 18 848 850 000 000 Mark im Wege der Anleihe flüssig zu machen.

Artikel 3

Der Reichsminister der Finanzen wird ermächtigt, zur vorübergehenden Verstärkung der ordentlichen Betriebsmittel der Reichshauptkasse Schatzanweisungen bis zu weiteren 30 000 Milliarden Mark auszugeben.

(Vierzehnter Tag nach Ablauf des Ausgabetags: 2. August 1923.)

Artikel 4

Der § 9 des Gesetzes über die Feststellung des Reichshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1923 vom 4. Juni 1923 (Reichsgesetzbl. Teil II S. 231) wird wie folgt geändert:

1. Der erste Absatz erhält folgende Fassung:

Der Teuerungszuschlag zu den Bezügen der planmäßigen und außerplanmäßigen Reichsbeamten gemäß § 17 des Besoldungsgesetzes vom 30. April 1920 (Reichsgesetzbl. S. 805) beträgt:

a) vom 1. April 1923 ab:

zu dem Grundgehalte, den Diäten, dem Ortszuschlag und den Kinderzuschlägen 942 vom Hundert; hierzu kommt für die im § 17 Abs. 2 des Besoldungsgesetzes genannten Beamten ein Frauenzuschlag von monatlich 12 000 Mark. Außerdem erhalten die planmäßigen und außerplanmäßigen Reichsbeamten neben ihren regelmäßigen Dienstbezügen im April 1923 drei Viertel ihrer für April zustehenden Dienstbezüge und im Mai 1923 ein Viertel ihrer für Mai zustehenden Dienstbezüge einschließlich aller fortlaufenden Zulagen nach näherer Bestimmung des Reichsministers der Finanzen;

b) vom 1. Mai ab:

zu dem Grundgehalte, den Diäten, dem Ortszuschlag und den Kinderzuschlägen 1220 vom Hundert; hierzu kommt für die im § 17 Abs. 2 des Besoldungsgesetzes genannten Beamten ein Frauenzuschlag von monatlich 16 000 Mark. Diese Erhöhung ist ohne Einfluß auf das im Abschnitt a letzten Satz festgesetzte Viertel eines Monatsbezugs;

c) vom 17. Mai ab:

zu dem Grundgehalte, den Diäten, dem Ortszuschlag und den Kinderzuschlägen 1700 vom Hundert; hierzu kommt für die im § 17 Abs. 2 des Besoldungsgesetzes genannten Beamten ein Frauenzuschlag von monatlich 16000 Mark;

d) vom 1. Juni ab:

zu dem Grundgehalte, den Diäten, dem Ortszuschlag und den Kinderzuschlägen 2 900 vom Hundert; hierzu kommt für die im § 17 Abs. 2 des Besoldungsgesetzes genannten Beamten ein Frauenzuschlag von monatlich 32 000 Mark.

e) vom 16. Juni ab

zu dem Grundgehalte, den Diäten, dem Ortszuschlag und den Kinderzuschlägen 6000 vom Hundert; hierzu kommt für die im § 17 Abs. 2 des Besoldungsgesetzes genannten Beamten ein Frauenzuschlag von monatlich 64 000 Mark;

f) vom 1. Juli ab

zu dem Grundgehalte, den Diäten, dem Ortszuschlag und den Kinderzuschlägen 87 vom Hundert; hierzu kommt für die im § 17 Abs. 2 des Besoldungsgesetzes genannten Beamten ein Frauenzuschlag von monatlich 64 000 Mark.

2. Der zweite Absatz ist zu streichen.

3. Der vierte (bisher fünfte) Absatz hat zu lauten:

Der Frauenzuschlag für Ruhegehalts- und Wartegeldempfänger nach § 5 des Pensionsergänzungsgesetzes in der Fassung des Artikel 2 der sechsten Ergänzung des Besoldungsgesetzes vom 6. April 1922 (Reichsgesetzbl. Teil I S. 331) beträgt:

a) vom 1. April 1923 ab monatlich 12 000 Mark,

b) vom 1. Mai ab monatlich 16 000 Mark,

c) vom 1. Juni ab monatlich 32 000 Mark,

d) vom 16. Juni ab monatlich 64 000 Mark.

Artikel 5

Der Reichsminister der Finanzen wird ermächtigt, für die Anschaffung der in dem Gesetze zur Sicherung der Brotversorgung für das Wirtschaftsjahr 1923/24 vorgesehenen Brotgetreidevorräte, zu deren Erwerb die Reichsregierung ermächtigt worden ist, Reichsschatzanweisungen bis zur Höhe von 7 000 Milliarden Mark auszufertigen. Dieser Kredit ist aus den Erlösen beim Verkauf des Getreides abzudecken.

Berlin, den 11. Juli 1923.

Der Reichspräsident
Ebert

Der Reichsminister der Finanzen
Dr. Hermes

Erste Anlage zum Haushaltsgesetze

Nachtrag
zum Reichshaushaltsplane für das Rechnungsjahr 1923

Abschnitt	Kap.	Tit.	Ausgabe	Für das Rechnungsjahr 1923 treten hinzu Mark	fallen weg Mark
			Erster Teil		
			Allgemeine Reichsverwaltung		
			A. Ordentlicher Haushalt		
			II. Ausgabe		
			a. Fortdauernde Ausgaben		
V			**Reichsministerium des Innern**		
	3	18a	Allgemeine Bewilligungen	7 000 000 000	—
VII			**Reichsarbeitsministerium**		
	7	2	Allgemeine Bewilligungen	965 000 000 000	—
XV			**Reichsfinanzministerium**		
	3	1, 7	Allgemeine Bewilligungen	6 063 750 000	—
XVII			**Allgemeine Finanzverwaltung**		
	8	10/16	Sonstiges	12 200 100 000 000	—
			Summe der fortdauernden Ausgaben	13 178 163 750 000	—
			b. Einmalige Ausgaben		
XV			**Reichfinanzministerium**		
	2	10	Reichsfinanzverwaltung	10 000 000 000	—
			Summe für sich.		
			Summe der Ausgaben des ordentlichen Haushalts	13 188 163 750 000	—

Abschnitt	Kap.	Tit.	Einnahme und Ausgabe	Für das Rechnungsjahr 1923 treten hinzu Mark	fallen weg Mark
			B. Außerordentlicher Haushalt		
			I. Einnahme		
XIV			**Reichsschuld**		
	2	—	Anleihe	18 848 850 000 000	—
			Summe der Einnahmen des außerordentlichen Haushalts	18 848 850 000 000	—
			II. Ausgabe		
VII			**Reichsarbeitsministerium**		
	3	4	Wohnungs- und Siedlungswesen	800 000 000 000	—
XI			**Reichsverkehrsministerium**		
	1	13	Abteilung für Wasserstraßen	22 000 000 000	—
XVII			**Allgemeine Finanzverwaltung**		
	3	1/2	An die Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung und die Verwaltung der Deutschen Reichsbahn: Reichszuschuß zur Deckung des Fehlbetrags und Geldbedarf zur Bestreitung einmaliger außerordentlicher Ausgaben zur Erweiterung der Unternehmen	6 866 850 000 000	—
	4	—	Zur Deckung von Ausgaben zur Ausführung des Friedensvertrags — Anlage XX —	3 500 000 000 000	—
	7	—	Zum Ausgleich von Mehraufwendungen bei den persönlichen und sächlichen Ausgaben des außerordentlichen Haushalts der allgemeinen Reichsverwaltung infolge von Besoldungs- und Lohnerhöhungen sowie von Preissteigerungen und Erhöhung von Tarifen	2 160 000 000 000	—
	8	—	Zur Abwehr der durch den Einbruch in das Ruhr- und Rheingebiet entstehenden Schäden	5 500 000 000 000	—
			Summe Abschnitt XVII	18 026 850 000 000	—
			Summe der Ausgaben des außerordentlichen Haushalts	18 848 850 000 000	—
			Abschluß		
			Summe der Einnahmen des ordentlichen und außerordentlichen Haushalts	18 848 850 000 000	—
			Summe der Ausgaben des ordentlichen und außerordentlichen Haushalts	32 037 013 750 000	—
			Fehlbetrag beim ordentlichen Haushalt	13 188 163 750 000	—

Abschnitt	Kap.	Tit.	Einnahme und Ausgabe	Für das Rechnungsjahr 1923 treten hinzu Mark	fallen weg Mark
			Zweiter Teil		
			Betriebsverwaltungen		
XVIII			**Reichspostministerium**		
			1. Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung		
			B. Außerordentlicher Haushalt		
			Einnahmen	—	—
			Von der allgemeinen Finanzverwaltung: Geldbedarf zur Deckung der Mehrausgaben	846 850 000 000	—
			Summe der Einnahmen für sich....	846 850 000 000	—
			Ausgaben	846 850 000 000	—
			Summe der Ausgaben für sich.		
XIX			**Verwaltung der Deutschen Reichsbahn**		
			B. Außerordentlicher Haushalt		
			Einnahmen der Deutschen Reichsbahn	—	—
			» aus Anleihen von der allgemeinen Finanzverwaltung zur Deckung der Mehrausgaben.....	6 020 000 000 000	—
			Summe der Einnahmen....	6 020 000 000 000	—
			Ausgaben	6 020 000 000 000	—
			Summe der Ausgaben für sich.		
			Dritter Teil		
			Ausführung des Friedensvertrags		
			A. Ordentlicher Haushalt		
			I. Einnahmen		
XX	1	1	Von der allgemeinen Finanzverwaltung aus Mitteln des außerordentlichen Haushalts	2 500 000 000 000	—
			Summe der Einnahmen für sich.		

Abschnitt	Kap.	Tit.	Einnahme und Ausgabe	Für das Rechnungsjahr 1923 treten hinzu Mark	fallen weg Mark
(XX)			**II. Ausgaben**		
			Fortdauernde Ausgaben		
	5	1	Reichsministerium für Wiederaufbau	2 000 000 000 000	—
	6	7	Allgemeine Finanzverwaltung	500 000 000 000	—
			Summe der fortdauernden Ausgaben	2 500 000 000 000	—
			B. Außerordentlicher Haushalt		
			I. Einnahmen		
	1	1	Von der allgemeinen Finanzverwaltung aus Mitteln des außerordentlichen Haushalts	1 000 000 000 000	—
			Summe der Einnahmen für sich		
			II. Ausgaben		
	8	1	Allgemeine Finanzverwaltung	1 000 000 000 000	—
			Summe der Ausgaben für sich		
			Summe der Einnahmen des ordentlichen und außerordentlichen Haushalts	3 500 000 000 000	—
			Summe der Ausgaben des ordentlichen und außerordentlichen Haushalts	3 500 000 000 000	—

Gesetz über Ermächtigung der Reichsregierung zur Verlängerung der Gültigkeitsdauer des vorläufigen Handelsübereinkommens zwischen der Deutschen Regierung und der Königlich Spanischen Regierung. Vom 9. Juli 1923.

Der Reichstag hat das folgende Gesetz beschlossen, das mit Zustimmung des Reichsrats hiermit verkündet wird:

Artikel 1

Die Reichsregierung wird ermächtigt, nötigenfalls die bis zum 30. Juni 1923 vorgesehene Gültigkeitsdauer des am 15. Januar 1923 unterzeichneten vorläufigen Handelsübereinkommens zwischen der Deutschen Regierung und der Königlich Spanischen Regierung um höchstens fünf Monate zu verlängern.

Artikel 2

Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 9. Juli 1923.

Der Reichspräsident
Ebert

Der Reichsminister des Auswärtigen
von Rosenberg

Gesetz über ein deutsch-portugiesisches vorläufiges Handelsübereinkommen. Vom 9. Juli 1923.

Der Reichstag hat das folgende Gesetz beschlossen, das mit Zustimmung des Reichsrats hiermit verkündet wird:

Artikel 1

Dem deutsch-portugiesischen vorläufigen Handelsübereinkommen vom 28. April 1923 wird zugestimmt. Das Übereinkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 9. Juli 1923.

Der Reichspräsident
Ebert

Der Reichsminister des Auswärtigen
von Rosenberg

Note
des Auswärtigen Amtes an den portugiesischen Gesandten in Berlin.

Auswärtiges Amt
Nr. II Ptg. 315.

Berlin, den 28. April 1923.

Herr Minister!

Ich habe die Ehre, Euerer Exzellenz als Ergebnis der vorangegangenen Verhandlungen mitzuteilen, daß die Deutsche Regierung, von dem Wunsche geleitet, bald in Verhandlungen über einen allgemeinen deutsch-portugiesischen Handelsvertrag einzutreten, dem folgenden vorläufigen Handelsabkommen ihre Zustimmung gibt:

1

Die Portugiesische Regierung wird während der Dauer dieses Abkommens auf die Einfuhr deutscher Waren die Minimalsätze des zur Zeit in Kraft befindlichen oder etwa später in Kraft tretenden Zolltarifs in Anwendung bringen. Für den Fall, daß Portugal irgendeinem Lande — außer Spanien und Brasilien — die ganze oder teilweise Befreiung von der Goldzahlung der Zölle oder Nachlaß von irgendeinem Aufschlag bewilligt, werden diese Vergünstigungen während der Geltungsdauer dieses Abkommens auch auf Deutschland Anwendung finden; auch werden deutsche Waren keinem besonderen Zollzuschlag unterworfen werden.

2

Während der Dauer dieses Abkommens wird die Deutsche Regierung für Sardinen in Öl portugiesischer Erzeugung in luftdicht verschlossenen Behältnissen keinen höheren Zoll als 30 Mark für den Doppelzentner erheben.

3

Für die Dauer dieses Abkommens wird die Deutsche Regierung für portugiesische Korkwürfel und Korkplatten der Position 636 des deutschen Zolltarifs keinen höheren Zoll als 5 Mark, für Korkwürfel, Korkscheiben und Korkplatten der Position 637 keinen höheren Zoll als 10 Mark, für Korkstopfen der Position 638 keinen höheren Zoll als 20 Mark für den Doppelzentner erheben.

4

Die Deutsche Regierung erkennt an, daß Port- und Madeirawein von Südweinen anderer Herkunft deutlich unterschiedene Weintypen bilden und stellt daher die Aufnahme besonderer Zollpositionen für diese Weine im künftigen deutschen Zolltarif in Aussicht. Solange noch eine Verteilung von Weinkontingenten stattfindet, werden portugiesische Importeure an der Einfuhr portugiesischen Weines nach Deutschland in gleicher Weise beteiligt werden wie deutsche Importeure.

5

Da die Deutsche Regierung infolge der augenblicklichen Lage Deutschlands nicht in der Lage ist, Portugal die freie Einfuhr seiner wichtigsten Ausfuhrartikel, Portwein und Madeirawein, zuzugestehen, gewährt Deutschland Portugal für die Dauer des gegenwärtigen Abkommens ein monatliches Einfuhrkontingent für Port- und Madeirawein von insgesamt 6 000 Hektolitern, bis die freie Einfuhr gewährt werden kann, was Deutschlands aufrichtigem Wunsche entspräche.

6

Da Deutschland zur Zeit die freie Einfuhr von Ananas nicht gewähren kann, wird Portugal für die Dauer des Abkommens ein monatliches Einfuhrkontingent von 12 000 Kisten Ananas eingeräumt.

7

Die Deutsche Regierung gewährt Portugal für die Dauer des Abkommens ein monatliches Einfuhrkontingent von 10 000 Tonnen frischen Obstes.

8

Um den Handelsverkehr zwischen Deutschland und Portugal fortlaufend zu fördern, verpflichtet sich die Deutsche Regierung für die Dauer des Abkommens, den deutschen Außenhandelsstellen keinerlei Hindernisse in den Weg zu legen, daß die Fakturierung der beiderseitigen Warenbezüge in der Währung eines der beiden Länder vorgenommen wird; insbesondere wird sie keine von den Außenhandelsstellen erteilten Ausfuhrbewilligungen deshalb ablehnen, weil die Fakturierung in Mark erfolgt ist; sie wird ferner den zuständigen Außenhandelsstellen eindringlich empfehlen, die Bezahlung der aus Portugal eingeführten Waren in der Währung eines der beiden Länder nach Möglichkeit zu fördern. Zu diesem Zwecke wird der portugiesische Escudo an deutschen Börsen 14 Tage nach Unterzeichnung des gegenwärtigen Abkommens zur Notierung zugelassen werden.

9

Die Portugiesische Regierung gewährt den deutschen Schiffen für die Dauer dieses Abkommens eine Ermäßigung von 25 vom Hundert auf die Sätze der Seehandelsabgabe, die zur Zeit in Kraft sind oder später an ihre Stelle treten.

10

Zwischen den beiden vertragschließenden Teilen besteht Einverständnis darüber, daß Waren, die deutscherseits vor Ablauf des deutsch-portugiesischen Handelsabkommens vom 6. Dezember 1921 zur Absendung gelangt sind, die in jenem Abkommen ausbedungenen Vergünstigungen genießen, es sei denn, daß sie am Tage des Inkrafttretens des gegenwärtigen Abkommens bereits von den portugiesischen Zollbehörden verzollt worden sind.

11

Das gegenwärtige vorläufige Handelsabkommen gilt für eine Dauer von 6 Monaten. Der Lauf dieser Frist beginnt am 14. Tage nach seiner Unterzeichnung. Das gegenwärtige vorläufige Abkommen unterliegt deutscherseits der Ratifikation. Die Deutsche Regierung wird sich dafür einsetzen, daß die Ratifikation tunlichst beschleunigt wird. Soweit die Bestimmungen des Abkommens im Verwaltungswege in Kraft gesetzt werden können, verpflichten sich die beiden vertragschließenden Teile, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, damit diese Bestimmungen 14 Tage nach Unterzeichnung des Abkommens zur Ausführung gelangen. Im übrigen wird deutscherseits dem Abkommen insoweit rückwirkende Kraft beigelegt werden, als solche Zollgebühren, die in der Zeit zwischen dem 14. Tage nach der Unterzeichnung und dem Tage der Ratifikation eingezogen werden, dem Abkommen jedoch nicht entsprechen würden, zurückerstattet werden.

Indem ich Euerer Exzellenz mitteile, daß die Deutsche Regierung das vorstehende Abkommen durch diese Note und durch eine entsprechende Note, die Euere Exzellenz mir übergeben werden, als unterzeichnet ansieht, benutze ich auch diese Gelegenheit, um Euerer Exzellenz die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung zu erneuern.

(gez.) von Maltzan.

An Seine Exzellenz Herrn A. da Veiga Simões
Außerordentlichen Gesandten und Bevollmächtigten
Minister der Republik Portugal.

Note
des portugiesischen Gesandten in Berlin an den Reichsminister des Äußern.

Légation de Portugal — Berlim, 28 de Abril de 1923.

Excelencia:

Está o Governo Portuguez animado do desejo de entrar em negociações com o Governo Allemão para a realização de um tratado de comercio definitivo; mas para que entre os dois paizes, até à assinatura desse tratado, se estabeleça um regimen convencional que salvaguarde os seus respectivos interesses, aceita, em resultado das negociações havidas entre mim e Vossa Excelencia o seguinte acôrdo provisorio:

I

O Governo Portuguez aplicará à importação de mercadorias alemãs, durante a vigencia do presente acôrdo, a tarifa minima da pauta actual ou que possa estar em vigôr durante esse periodo. No caso em que Portugal venha a conceder a algum paiz, que não seja a Espanha e o Brazil, isenção do pagamento em ouro dos direitos aduaneiros, em parte ou no todo, serão esses favores concedidos tambem à Alemanha. As mercadorias alemãs não serão submetidas a nenhuma sobretaxa especial.

II

Durante a vigencia deste acôrdo, o Governo Alemão não cobrará qualquer taxa aduaneira superior a Mks. 30,— dz (100 kilos) sobre sardinhas em azeite, de origem e procedencia portuguezas, em latas hermeticamente fechadas.

III

Durante a vigencia deste acôrdo, o Governo Alemão não cobrará qualquer taxa aduaneira superior a Mks. 5,— dz (100 kilos) para a cortiça em pranchas ou cubos, taxada no numero 636 da tarifa alfandegaria alemã, a Mks. 10,— dz (100 kilos) para cortiça em prancha, aparas e cubos, taxada no numero 637 da mesma tarifa, e Mks. 20,— dz (100 kilos) sobre rolhas de cortiça taxadas no numero 638 da tarifa referida.

IV

O Governo Alemão reconhecendo que o vinho do Porto e o da Madeira constituem typos inte-

(Übersetzung.)

Portugiesische Gesandtschaft — Berlin, den 28. April 1923.

Euere Exzellenz,

Die Portugiesische Regierung ist von dem Wunsche beseelt, in Verhandlungen mit der Deutschen Regierung zwecks Abschlusses eines endgültigen Handelsvertrags einzutreten; um jedoch zwischen den beiden Ländern bis zur Unterzeichnung dieses Vertrags ein Vertragsverhältnis herzustellen, welches die gegenseitigen Interessen sicherstellt, nimmt die Portugiesische Regierung als Ergebnis der zwischen mir und Euerer Exzellenz stattgefundenen Verhandlungen das folgende vorläufige Handelsabkommen an:

1

Die Portugiesische Regierung wird während der Dauer dieses Abkommens auf die Einfuhr deutscher Waren die Minimalsätze des zur Zeit in Kraft befindlichen oder etwa später in Kraft tretenden Zolltarifs in Anwendung bringen. Für den Fall, daß Portugal irgendeinem Lande, außer Spanien und Brasilien, die ganze oder teilweise Befreiung von der Goldzahlung der Zölle bewilligt, werden diese Vergünstigungen auch auf Deutschland Anwendung finden. Die deutschen Waren werden keinem besonderen Zollzuschlag unterworfen werden.

2

Während der Gültigkeitsdauer dieses Abkommens wird die Deutsche Regierung für Sardinen in Öl portugiesischer Erzeugung in luftdicht verschlossenen Behältnissen keinen höheren Zoll als 30 Mark für den Doppelzentner erheben.

3

Für die Dauer dieses Abkommens wird die Deutsche Regierung für Korkwürfel und Korkplatten der Position 636 des deutschen Zolltarifs keinen höheren Zoll als 5 Mark, für Korkwürfel, Korkscheiben und Korkplatten der Position 637 keinen höheren Zoll als 10 Mark und für Korkstopfen der Position 638 keinen höheren Zoll als 20 Mark für den Doppelzentner erheben.

4

Die Deutsche Regierung erkennt an, daß Port- und Madeirawein von Südweinen anderer Herkunft deutlich

ramente diferentes e distinctos de outros vinhos generosos de outra proveniencia diferencia-los-ha desses vinhos na proxima tarifa alfandegaria. Enquanto durar a distribuição de Contingentes de vinhos os importadores portoguezes terão, na importação, na Alemanha, de vinhos portuguezes, a mesma quota que teem os importadores alemães.

V

Não podendo a Alemanha, pela situação economica actual, conceder a Portugal a livre importação dos seus importantes productos de exportação, como vinhos de Porto e Madeira, o Governo Alemão concede a Portugal, durante a vigencia deste acôrdo, um contingente mensal de importação dos vinhos do Porto e Madeira no total de seis mil hectolitros até que a importação livre seja possivel, como deseja sinceramente a Alemanha.

VI

Não sendo possivel tambem à Alemanha, pelos motivos indicados no artigo anterior, conceder a Portugal a livre importação dos seus ananazes, concede-lhe, durante a vigencia do presente acôrdo, um contingente mensal de importação de doze mil caixas de ananazes.

VII

O Governo Alemão concede a Portugal, durante a vigencia deste acôrdo, um contingente mensal de dez mil toneladas de fructas frescas.

VIII

Para promover a continuidade des relações comerciaes entre a Alemanha e Portugal, o Governo Alemão obriga-se, durante a vigencia do presente acôrdo, a não criar dificuldades às reparatições de comercio exterior da Alemanha no sentido de serem as mercadorias reciprocamente importadas facturadas na moeda de um dos dois paizes; nem tãopouco anularà as licenças de exportação que forem concedidas pelas reparticões de comercio exterior da Alemanha pelo facto das mercadorias serem facturadas em marcos, antes recomendarà às referidas repartições que facilitem o pagamento das mercadorias importadas de Portugal, em moeda de um dos dois paizes. Para esse efeito o Escudo portuguez começarà a ser cotado directamente nas bolsas alemãs, quatorze dias depois de assinado este acôrdo.

IX

O Governo Portuguez farà aos navios alemães a redução de 25 % sobre as taxas de imposto de

unterschiedene Weintypen bilden und stellt daher die Aufnahme besonderer Zollpositionen für diese Weine im künftigen Zolltarif in Aussicht. Solange noch eine Verteilung von Weinkontigenten stattfindet, werden portugiesische Importeure an der Einfuhr portugiesischen Weines nach Deutschland in gleicher Weise beteiligt werden wie deutsche Importeure.

5

Da Deutschland wegen der augenblicklichen Wirtschaftslage nicht in der Lage ist, Portugal die freie Einfuhr seiner wichtigen Ausfuhrartikel, wie Portwein und Madeirawein, zuzugestehen, gewährt die Deutsche Regierung Portugal für die Dauer dieses Abkommens ein monatliches Einfuhrkontingent für Port- und Madeirawein von insgesamt 6 000 Hektolitern, bis die freie Einfuhr möglich ist, was Deutschlands aufrichtigem Wunsche entspricht.

6

Da Deutschland aus den in vorstehendem Artikel angegebenen Gründen Portugal die freie Einfuhr von Ananas nicht gewähren kann, wird Portugal für die Dauer dieses Abkommens ein monatliches Einfuhrkontingent von 12 000 Kisten Ananas eingeräumt.

7

Die Deutsche Regierung gewährt Portugal für die Dauer dieses Abkommens ein monatliches Einfuhrkontingent von 10 000 Tonnen frischen Obstes.

8

Um den Handelsverkehr zwischen Deutschland und Portugal fortlaufend zu fördern, verpflichtet sich die Deutsche Regierung, für die Dauer dieses Abkommens den deutschen Außenhandelsstellen keine Hindernisse in den Weg zu legen, daß die Fakturierung der beiderseitigen Warenbezüge in der Währung eines der beiden Länder vorgenommen wird. Auch wird sie keine von den Außenhandelsstellen erteilten Ausfuhrbewilligungen deshalb ablehnen, weil die Fakturierung in Mark erfolgt ist; sie wird vielmehr den zuständigen Außenhandelsstellen empfehlen, die Bezahlung der aus Portugal eingeführten Waren in der Währung eines der beiden Länder zu fordern. Zu diesem Zwecke wird der portugiesische Escudo an deutschen Börsen 14 Tage nach Unterzeichnung dieses Abkommens zur Notierung zugelassen werden.

9

Die Portugiesische Regierung gewährt für die Dauer dieses Abkommens den deutschen Schiffen eine Ermäßi-

comercio maritimo actualmente estabelecidas ou as que porventura possam vir a substitui-las ulteriormente, durante a vigencia do presente acôrdo.

X

Fica convencionado entre as duas partes contractantes que as mercadorias expedidas da Alemanha antes de expirar o convenio comercial entre a Alemanha e Portugal, datado de 6 de Dezembro de 1921, gozarão dos favores estipulados naquele convenio, a não ser que jà tenham sido pagos os respectivos direitos alfandegarios, à data da entrada em vigôr deste acôrdo.

XI

O presente acôrdo comercial serà valido por seis mezes, entrando em vigôr quatorze dias depois de assinado, devendo tambem ser ratificado por parte da Alemanha. O Governo Alemão empenhar-se-ha para que se realize a ratificação com a maior brevidade possivel. As duas partes contractantes obrigam-se a providenciar em tudo que fôr necessario para que quatorze dias depois de assinado este acôrdo, sejam postas em vigôr as medidas administrativas necessarias à sua plena execução. Por sua vez a Alemanha obriga-se a dar a este acôrdo efeito rectroactivo, restituindo aos interessados os direitos alfandegarios que, por falta de ratificação, haja cobrado em excesso, a partir do decimo quarto dia, a contar da sua assinatura, até ao dia dessa ratificação.

Tenho a honra de comunicar a Vossa Excelencia que o Governo Portuguez considerarà assinado o acôrdo acima referido por esta Nota e a Nota correspondente que Vossa Excelencia me entregarà. Aproveito a ocasião para reiterar a Vossa Excelencia os protestos da minha mais alta consideração.

(signado) A. da Veiga Simões.

A Sua Excelencia, o Senhor Dr. von Rosenberg, Ministro dos Negocios Estrangeiros.

gung von 25 vom Hundert auf die Sätze der Seehandelsabgabe, die zur Zeit in Kraft sind oder später etwa an ihre Stelle treten.

10

Zwischen den beiden vertragschließenden Teilen besteht Einverständnis darüber, daß die Waren, die deutscherseits vor Ablauf des deutsch-portugiesischen Handelsabkommens vom 6. Dezember 1921 zur Absendung gelangt sind, die in jenem Abkommen ausbedungenen Vergünstigungen genießen, es sei denn, daß am Tage des Inkrafttretens des gegenwärtigen Abkommens die betreffenden Zollbeträge bereits entrichtet worden sind.

11

Das gegenwärtige Handelsabkommen wird für eine Dauer von 6 Monaten gelten und tritt 14 Tage nach der Unterzeichnung in Kraft. Deutscherseits unterliegt es der Ratifikation. Die Deutsche Regierung wird sich dafür einsetzen, daß die Ratifikation tunlichst beschleunigt wird. Die beiden vertragschließenden Teile verpflichten sich, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, daß 14 Tage nach Unterzeichnung dieses Abkommens die zur vollen Ausführung desselben erforderlichen Maßnahmen getroffen werden. Deutscherseits wird dem Abkommen insoweit rückwirkende Kraft beigelegt werden, als die in der Zeit zwischen dem 14. Tage nach der Unterzeichnung und dem Tage der Ratifikation wegen noch nicht erfolgter Ratifikation zu viel erhobenen Zollgebühren den Interessenten zurückerstattet werden.

Ich habe die Ehre, Euerer Exzellenz mitzuteilen, daß die Portugiesische Regierung das vorstehende Abkommen durch diese Note und durch eine entsprechende Note, die Euere Exzellenz mir übergeben werden, als unterzeichnet ansieht. Ich benutze die Gelegenheit, um Euerer Exzellenz die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung zu erneuern.

(gez.) A. da Veiga Simões.

An Seine Exzellenz Herrn Dr. von Rosenberg, Minister der Auswärtigen Angelegenheiten.

Gesetz über den Notenumlauf der Privatnotenbanken. Vom 13. Juli 1923.

Der Reichstag hat das folgende Gesetz beschlossen, das mit Zustimmung des Reichsrats hiermit verkündet wird:

§ 1

Artikel III § 2 des Gesetzes, betreffend Anderung des Bankgesetzes und der Gesetze, betreffend die Metallreserven der Privatnotenbanken, vom 2. Februar 1923 (Reichsgesetzbl. II S. 43) erhält folgende Fassung:

Der Betrag, über den hinaus ohne reichsgesetzliche Ermächtigung Noten nicht ausgegeben werden dürfen, wird für die Geltungsdauer des § 1 des Gesetzes, betreffend die Metallreserven der Privatnotenbanken, vom 13. Juli 1921 (Reichsgesetzbl. S. 937) auf folgende Beträge erhöht:

für die Bayerische Notenbank in München auf zweihundertsiebzig Milliarden Mark,
für die Sächsische Bank in Dresden auf zweihundertsiebzig Milliarden Mark,
für die Württembergische Notenbank in Stuttgart auf vierundneunzig Milliarden fünfhundert Millionen Mark,
für die Badische Bank in Mannheim auf vierundneunzig Milliarden fünfhundert Millionen Mark.

§ 2

Die Privatnotenbanken, deren Notenumlauf ihren Barvorrat und den ihnen nach Artikel III § 1 des Gesetzes über Änderung des Bankgesetzes und der Gesetze über die Metallreserven der Privatnotenbanken vom 2. Februar 1923 (Reichsgesetzbl. II S. 43) zugewiesenen Betrag übersteigt, haben vom Tage des Inkrafttretens dieses Gesetzes ab von dem Überschuß eine Steuer in Höhe von jährlich der Hälfte des jeweiligen Reichsbankdiskontsatzes, mindestens 5 vom Hundert, an die Reichskasse zu entrichten.

§ 3

Die Reichsregierung wird ermächtigt, mit Zustimmung des Reichsrats die Beträge im § 1 Abs. 2 zu erhöhen.

§ 4

Dieses Gesetz tritt mit dem auf die Verkündung folgenden Tage in Kraft.

Berlin, den 13. Juli 1923.

Der Reichspräsident
Ebert

Der Reichswirtschaftsminister
Dr. Becker

Bekanntmachung, betreffend die Ratifikation des am 25. März 1923 zwischen dem Deutschen Reiche und der Schweizerischen Eidgenossenschaft in München abgeschlossenen Zusatzabkommens zum deutsch-schweizerischen Abkommen vom 6. Dezember 1920, betreffend schweizerische Goldhypotheken in Deutschland und gewisse Arten von Frankenforderungen an deutsche Schuldner. Vom 7. Juli 1923.

Das in Nr. 24 des Reichsgesetzblatts (Jahrgang 1923, II, S. 284 ff.) abgedruckte, am 25. März 1923 in München abgeschlossene Zusatzabkommen zum Abkommen vom 6. Dezember 1920 zwischen dem Deutschen Reiche und der Schweizerischen Eidgenossenschaft, betreffend schweizerische Goldhypotheken in Deutschland und gewisse Arten von Frankenforderungen an deutsche Schuldner, ist ratifiziert worden. Der Austausch der Ratifikationsurkunden hat am 2. Juli 1923 stattgefunden.

Berlin, den 7. Juli 1923.

Der Reichsminister des Auswärtigen
von Rosenberg

Verordnung zur weiteren Erhöhung der Gebühren in Musterregistersachen. Vom 9. Juli 1923.

Auf Grund des § 12 Abs. 4 des Gesetzes, betreffend das Urheberrecht an Mustern und Modellen, vom 11. Januar 1876 in der Fassung des Gesetzes über die Gebühren in Musterregistersachen vom 21. Oktober 1922 (Reichsgesetzbl. II S. 774) werden mit Zustimmung des Reichsrats die im Gesetze vom 21. Oktober 1922 vorgeschriebenen Gebühren auf das Hundertfache erhöht.

Die neuen Gebührensätze treten an die Stelle der in der Verordnung vom 20. Januar 1923 (Reichsgesetzbl. II S. 42) vorgeschriebenen Gebühren.

Diese Verordnung tritt am 1. August 1923 in Kraft.

Berlin, den 9. Juli 1923.

Der Reichsminister der Justiz
Dr. Heinze

Verordnung zur Eisenbahn-Verkehrsordnung. Vom 12. Juli 1923.

Auf Grund der Verordnung, betreffend Ermächtigung des Reichsverkehrsministers zur selbständigen Ergänzung und Änderung der Verordnungen, die den Bau, den Betrieb und den Verkehr der Eisenbahnen regeln, vom 29. Oktober 1920 (Reichsgesetzbl. S. 1859) wird die Eisenbahn-Verkehrsordnung vom 23. Dezember 1908 wie folgt geändert:

1. § 16 (5) erhält den Wortlaut:
   „Wer ohne die Absicht mitzureisen in einem zur Abfahrt bereitstehenden Zug angetroffen wird oder einen Platz belegt, hat 20 000 Mark zu entrichten. Für Begleiter von kranken und hilfsbedürftigen Personen können Ausnahmen zugelassen werden."
2. Es werden erhöht
   in den §§ 16 (2) (4) und 27 (5) die Fahrpreiszuschläge von 100 auf 3 000 Mark und von 500 Mark auf 20 000 Mark und
   in den §§ 17 (1) und 18 (5) der Zuschlag für Übertretung des Rauchverbots von 300 Mark auf 10 000 Mark.

Berlin, den 12. Juli 1923.

Der Reichsverkehrsminister
Groener

Herausgegeben vom Reichsministerium des Innern. – Verlag des Gesetzsammlungsamts, Berlin NW 40, Scharnhorststr. 4. – Gedruckt in der Reichsdruckerei, Berlin.
Den Bezug des Reichsgesetzblatts (auch älterer Jahrgänge und einzelner Nummern) vermitteln die Postanstalten.
Einzelne Nummern können auch unmittelbar beim Gesetzsammlungsamte bezogen werden.

Reichsgesetzblatt

Teil II

1923	Ausgegeben zu Berlin, den 31. Juli 1923	Nr. 27

Inhalt: Gesetz über einen Vertrag zwischen dem Deutschen Reiche und den Sowjet-Republiken der Ukraine, Weißrußland, Georgien, Aserbeidschan, Armenien und der Republik des Fernen Ostens vom 5. November 1922. S. 315. — Gesetz, betreffend das deutsch-polnische Abkommen über die Überleitung der Verwaltungsstreit-, Steuerverteilungs- und Verwaltungsbeschlußsachen sowie der Rechtsmittelverfahren in Reichs- und in Staatssteuerangelegenheiten und in Kirchensteuersachen im oberschlesischen Abstimmungsgebiet. S. 317. — Bekanntmachung über die Verlängerung des vorläufigen deutsch-spanischen Handelsübereinkommens vom 15. Januar 1923. S. 322.

Gesetz über einen Vertrag zwischen dem Deutschen Reiche und den Sowjet-Republiken der Ukraine, Weißrußland, Georgien, Aserbeidschan, Armenien und der Republik des Fernen Ostens vom 5. November 1922. Vom 5. Juli 1923.

Der Reichstag hat das folgende Gesetz beschlossen, das mit Zustimmung des Reichsrats hiermit verkündet wird:

Artikel 1

Dem am 5. November 1922 unterzeichneten Vertrage zwischen dem Deutschen Reiche und den Sowjet-Republiken der Ukraine, Weißrußland, Georgien, Aserbeidschan, Armenien und der Republik des Fernen Ostens wird zugestimmt.

Der Vertrag wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 5. Juli 1923.

Der Reichspräsident
Ebert

Der Reichsminister des Auswärtigen
von Rosenberg

Der Bevollmächtigte der Deutschen Regierung, nämlich der Ministerialdirektor im Auswärtigen Amte

Freiherr von Maltzan

und

der Bevollmächtigte der Regierung der Ukrainischen Sozialistischen Sowjet-Republik, nämlich

Herr Waldemar Außem,

Mitglied des Allukrainischen Zentralexekutivausschusses,

sowie

der Bevollmächtigte der Regierungen der

Sozialistischen Sowjet-Republik von Weißrußland,
Sozialistischen Sowjet-Republik von Georgien,
Aserbeidschaner Sozialistischen Sowjet-Republik,
Sozialistischen Sowjet-Republik von Armenien,
Republik des Fernen Ostens,

nämlich

der bevollmächtigte Vertreter und Botschafter der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjet-Republik in Berlin,

Herr Nikolaus Krestinski,

sind nach Vorlegung ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten über nachstehende Bestimmungen übereingekommen:

Artikel 1

Der in Rapallo am 16. April 1922 unterzeichnete Vertrag zwischen dem Deutschen Reiche und der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjet-Republik soll auch im Verhältnis zwischen dem Deutschen Reiche einerseits und

1. der Ukrainischen Sozialistischen Sowjet-Republik,
2. der Sozialistischen Sowjet-Republik von Weißrußland,
3. der Sozialistischen Sowjet-Republik von Georgien,
4. der Aserbeidschaner Sozialistischen Sowjet-Republik,
5. der Sozialistischen Sowjet-Republik von Armenien,
6. der Republik des Fernen Ostens

— nachstehend als mit der R. S. F. S. R. verbündete Staaten bezeichnet — anderseits entsprechende Anwendung finden. Hinsichtlich des Artikel 2 des Vertrags von Rapallo gilt dies für die bis zum 16. April 1922 erfolgte Anwendung der dort bezeichneten Gesetze und Maßnahmen.

Artikel 2

Es besteht zwischen der Deutschen Regierung und der Regierung der Ukrainischen Sozialistischen Sowjet-Republik Einigkeit darüber, daß die Feststellung und Verrechnung derjenigen Forderungen vorbehalten bleibt, welche etwa zugunsten der Deutschen Regierung oder der Ukrainischen Regierung nach Beendigung des Kriegszustandes zwischen Deutschland und der Ukraine — und zwar in dem Zeitraum, während dessen deutsche Truppen in der Ukraine anwesend waren — entstanden sind.

Artikel 3

Die Angehörigen des einen der vertragschließenden Teile, die sich auf dem Gebiete des anderen Teiles befinden, genießen dort vollen Rechtsschutz ihrer Person nach Maßgabe des Völkerrechts und der allgemeinen Gesetze des Aufenthaltsstaats.

Den deutschen Reichsangehörigen, die sich unter Beachtung der paßgesetzlichen Vorschriften auf das Gebiet der mit der R. S. F. S. R. verbündeten Staaten begeben oder sich zur Zeit bereits dort aufhalten, wird die Unverletzlichkeit ihres gesamten mitgeführten sowie des auf dem Boden der mit der R. S. F. S. R. verbündeten Staaten erworbenen Eigentums gewährleistet, sofern der Erwerb und die Verwendung desselben den Gesetzen des Aufenthaltsstaats oder den mit den zuständigen Organen desselben besonders getroffenen Vereinbarungen entspricht. Für die Ausfuhr des in den mit der R. S. F. S. R. verbündeten Staaten erworbenen Vermögens sind, soweit nicht besondere Vereinbarungen getroffen werden, die Gesetze und Vorschriften der mit der R. S. F. S. R. verbündeten Staaten maßgebend.

Artikel 4

Die Regierungen der mit der R. S. F. S. R. verbündeten Staaten sind berechtigt, in Deutschland an denjenigen Orten, wo sich ihre diplomatische Vertretung oder eine ihrer Konsularbehörden befindet, staatliche Handelsstellen einzurichten, welche dieselbe Rechtsstellung haben sollen wie die russische Handelsvertretung in Deutschland. In diesem Falle sind sie verpflichtet, alle Rechtshandlungen als verbindlich für sie anzuerkennen, die entweder der Leiter ihrer Handelsstelle oder die von diesem bevollmächtigten Beauftragten, letztere im Rahmen der ihnen erteilten Vollmachten, vornehmen.

Artikel 5

Zur Erleichterung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem Deutschen Reiche einerseits und den mit der R. S. F. S. R. verbündeten Staaten anderseits werden folgende Grundsätze vereinbart:

1. Die zwischen deutschen Reichsangehörigen, deutschen juristischen Personen oder deutschen Firmen — einerseits — und zwischen den Regierungen der mit der R. S. F. S. R. verbündeten Staaten oder ihren im Artikel 4 genannten staatlichen Handelsstellen oder den diesen Staaten angehörigen natürlichen oder juristischen Personen oder Firmen — anderseits — abgeschlossenen Verträge und deren wirtschaftliches Ergebnis werden nach den Gesetzen des Staates, in dem sie abgeschlossen werden, behandelt und unterliegen der Gerichtsbarkeit dieses Staates. Diese Bestimmung erstreckt sich nicht auf die Verträge, die vor Inkrafttreten des gegenwärtigen Vertrags abgeschlossen worden sind.
2. Die unter Ziffer 1 erwähnten Verträge können mit einer Schiedsklausel versehen werden. Auch kann in ihnen die Unterwerfung unter die Gerichtsbarkeit eines der vertragschließenden Staaten vereinbart werden.

Artikel 6

Die mit der R. S. F. S. R. verbündeten Staaten gestatten den Personen, welche die deutsche Reichsangehörigkeit besessen, aber verloren haben, sowie ihren Ehefrauen und Kindern die Ausreise, wenn damit nachweislich die Übersiedelung nach Deutschland verbunden wird.

Artikel 7

Die beiderseitigen Vertretungen und die bei ihnen beschäftigten Personen sind verpflichtet, sich jeder Agitation oder Propaganda gegen die Regierung oder die staatlichen Einrichtungen des Aufenthaltsstaats zu enthalten.

Artikel 8

Dieser Vertrag kann in Ansehung der vorstehenden Artikel 3 bis 6 sowie in Ansehung der entsprechenden Anwendung des Artikel 4 des Vertrags von Rapallo mit einer Frist von drei Monaten gekündigt werden.

Die Kündigung kann von Deutschland gegenüber jedem einzelnen der mit der R. S. F. S. R. verbündeten

Staaten mit ausschließlicher Wirkung für sein Verhältnis zu diesem und umgekehrt von jedem einzelnen dieser Staaten gegenüber Deutschland mit ausschließlicher Wirkung für das Verhältnis zwischen diesem einzelnen Staate und Deutschland ausgesprochen werden.

Wird der gekündigte Vertrag nicht durch einen Handelsvertrag ersetzt, so sind die beteiligten Regierungen berechtigt, nach Ablauf der Kündigungsfrist zur Abwicklung der bereits eingeleiteten Handelsgeschäfte eine aus fünf Mitgliedern bestehende Kommission einzusetzen. Die Kommissionsmitglieder gelten als Agenten ohne diplomatischen Charakter und haben die Abwicklung der Geschäfte längstens innerhalb von sechs Monaten nach Ablauf dieses Vertrags zu erledigen.

Artikel 9

Dieser Vertrag soll ratifiziert werden. Zwischen Deutschland einerseits und jedem einzelnen der mit der R. S. F. S. R. verbündeten Staaten anderseits werden besondere Ratifikationsurkunden ausgetauscht werden. Mit diesem Austausch tritt der Vertrag im Verhältnis zwischen den am Austausch beteiligten Staaten in Kraft.

Ausgefertigt in siebenfacher Urschrift.

Berlin, den 5. November 1922.

gez. **Maltzan** gez. **W. Außem**
gez. **N. Krestinski**

(3 Siegel)

Gesetz, betreffend das deutsch-polnische Abkommen über die Überleitung der Verwaltungsstreit-, Steuerverteilungs- und Verwaltungsbeschlußsachen sowie der Rechtsmittelverfahren in Reichs- und in Staatssteuerangelegenheiten und in Kirchensteuersachen im oberschlesischen Abstimmungsgebiet. Vom 30. Mai 1922.

Der Reichstag hat das folgende Gesetz beschlossen, das mit Zustimmung des Reichsrats hiermit verkündet wird:

Artikel 1

Dem am 26. August 1922 in Posen unterzeichneten deutsch-polnischen Abkommen, betreffend die Überleitung der Verwaltungsstreit-, Steuerverteilungs- und Verwaltungsbeschlußsachen sowie der Rechtsmittelverfahren in Reichs- und in Staatssteuerangelegenheiten und in Kirchensteuersachen im oberschlesischen Abstimmungsgebiete wird zugestimmt.

Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 30. Mai 1923.

Der Reichspräsident
Ebert

Der Reichsminister des Auswärtigen
von Rosenberg

Deutsch-polnisches Abkommen,

betreffend die Überleitung der Verwaltungsstreit-, Steuerverteilungs- und Verwaltungsbeschlußsachen sowie der Rechtsmittelverfahren in Reichs- und in Staatssteuerangelegenheiten und in Kirchensteuersachen im oberschlesischen Abstimmungsgebiete.

Die Deutsche Regierung und die Polnische Regierung, von dem Wunsche geleitet, die Fortführung der durch die Teilung Oberschlesiens beeinflußten Verwaltungsstreit-, Steuerverteilungs- und Verwaltungsbeschlußsachen sowie

Niemiecko-polski układ

w przedmiocie przejęcia administracyjnych spraw spornych, spraw dotyczących rozdziału podatków oraz administracyjnych spraw uchwałowych, jako też przewodów na skutek środków prawnych w sprawach podatków Rzeszy, podatków państwowych i w sprawach podatków kościelnych, na górnośląskim obszarze plebiscytowym.

Rząd Niemiecki i Rząd Polski, powodowane życzeniem unormowania zgodnie z interesem ludności obu stron dalszego prowadzenia administracyjnych spraw spornych, spraw dotyczących roz-

der Rechtsmittelverfahren in Reichs- und in Staatssteuerangelegenheiten und in Kirchensteuersachen im Interesse der beiderseitigen Bevölkerung zu regeln, sind übereingekommen, darüber Vereinbarungen zu treffen und haben zu diesem Zwecke zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

die Deutsche Regierung

1. den Gesandten Dr. Paul Eckardt,
2. den Polizeipräsidenten Dr. Gottfried Schwendy;

die Polnische Regierung

den Vizeminister Dr. Zygmunt Seyda.

Die Bevollmächtigten haben sich, nachdem sie einander ihre Vollmachten mitgeteilt und diese in guter und gehöriger Form befunden haben, über folgende Bestimmungen geeinigt:

I

Verwaltungsstreitsachen

Artikel 1

(1) Verwaltungsstreitverfahren (§§ 61 bis 114 des Preußischen Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 — Preußische Gesetzsamml. S. 195 —, § 192a Abs. 2 und 3 und § 194a des allgemeinen Berggesetzes für die Preußischen Staaten vom 24. Juni 1865 in der Fassung der Gesetze vom 14. Juli 1905 — Preußische Gesetzsamml. S. 307 —, vom 28. Juli 1909 — Preußische Gesetzsamml. S. 677 — und vom 6. August 1921 — Preußische Gesetzsamml. S. 486 —) aus dem oberschlesischen Abstimmungsgebiete, die zur Zeit des Überganges der Staatshoheit über den polnisch gewordenen Teil des oberschlesischen Abstimmungsgebiets an Polen anhängig und zur Zeit des Inkrafttretens dieses Abkommens noch nicht rechtskräftig erledigt waren, werden von derjenigen deutschen oder polnischen Behörde fortgeführt, die zuständig wäre, wenn das Streitverfahren erst nach der Übergabe des abgetretenen Gebiets anhängig gemacht worden wäre.

(2) Solche Verwaltungsstreitverfahren, die in einer höheren Instanz schweben, werden von der entsprechenden höheren Instanz fortgeführt.

Artikel 2

Verwaltungsstreitsachen sind von der Behörde, bei der das Verfahren bisher schwebte, falls das Verfahren nach Artikel 1 von einer anderen Behörde fortzuführen ist, unverzüglich an diese Behörde von Amts wegen mit allen Akten und sonstigen Vorgängen abzugeben. Auf gegenseitige Erstattung etwaiger in dem bisherigen

działu podatków oraz administracyjnych spraw uchwałowych, jak również przewodów na skutek środków prawnych w sprawach podatków Rzeszy, podatków państwowych i w sprawach podatków kościelnych, zgodziły się wejść w tym przedmiocie w układy i w tym celu zamianowały swymi pełnomocnikami:

Rząd Niemiecki:

Posła Dr. Paul Eckardt,

Prezydenta Policji Dr. Gottfried Schwendy.

Rząd Polski:

Wiceministra D-ra Zygmunta Seydę.

Pełnomocnicy, po wzajemnem przedłożeniu sobie swych pełnomocnictw i uznaniu ich za wystawione w dobrej i należytej formie, zgodzili się na następujące postanowienia:

I.

Administracyjne sprawy sporne.

Artykuł 1.

1. Administracyjne przewody sporne (§§ 61 do 114 pruskiej ustawy o ogólnej administracji kraju z dnia 30. lipca 1883 r. — zbiór ustaw pruskich strona 195 — ustępy 2 i 3 § 192a i § 194a ogólnej ustawy górniczej dla państw pruskich z dnia 24. czerwca 1865 r. w brzmieniu ustaw z dnia 14. lipca 1905 r. — zbiór ustaw pruskich strona 307 —, z dnia 28. lipca 1909 r. — zbiór ustaw pruskich strona 677 — i z dnia 6. sierpnia 1921 r. — zbiór ustaw pruskich strona 486) z górnośląskiego obszaru plebiscytowego, które zawisłe były w czasie przejścia na Polskę suwerenności na przypadłej Polsce części górnośląskiego obszaru plebiscytowego i nie były jeszcze w czasie wejścia w życie niniejszego układu załatwione prawnomocnie, będą dalej prowadzone przez tą władzę niemiecką lub polską, która byłaby właściwą, gdyby postępowanie sporne zawisło dopiero po oddaniu odstąpionego obszaru.

2. Takie administracyjne przewody sporne, które wiszą w wyższej instancji, będą dalej prowadzone przez odnośną wyższą instancję.

Artykuł 2.

Jeśli przewód ma być po myśli artykułu 1 dalej prowadzony przez inną władzę natenczas władza, u której przewód dotychczas wisiał, ma tamtej władze bezzwłocznie odstąpić z urzędu administracyjne sprawy sporne ze wszystkiemi aktami i innemi poprzednikami. Nie będzie się żądać

Verfahren entstandener Kosten wird verzichtet. Die Kosten für die Abbeförderung der Akten werden von der absendenden Behörde getragen.

Artikel 3

(1) An die Stelle der an den Verwaltungsstreitverfahren als Partei beteiligten Staats- oder Kommunalbehörden oder anderen öffentlichen Körperschaften treten diejenigen Staats- und Kommunalbehörden oder anderen öffentlichen Körperschaften, die zuständig sein würden, wenn das Verfahren erst nach Übergabe des abgetretenen Gebiets an Polen anhängig geworden wäre.

(2) Ist ein Kommissar zur Vertretung des öffentlichen Interesses als Partei beteiligt (§ 74 Abs. 3 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883), so fällt dieser fort, falls er für die nunmehr nach Artikel 1 zuständige Behörde Ausländer ist. Es bleibt derjenigen Behörde, die zur Bestellung des Kommissars zuständig sein würde, wenn das Verfahren nach der Teilung anhängig geworden wäre, überlassen, einen neuen Kommissar zu bestellen.

Artikel 4

Beide vertragschließenden Teile gewährleisten sich die Durchführung aller in Verwaltungsstreitverfahren ergangenen Urteile, die vor dem Übergange der Staatshoheit rechtskräftig geworden sind oder in bereits beim Übergange der Staatshoheit anhängig gewesenen Verwaltungsstreitsachen rechtskräftig waren, soweit durch solche Urteile Ansprüche auf Rückzahlung von Gebühren, Beiträgen oder Abgaben aller Art begründet wurden.

Artikel 5

(1) In solchen Verwaltungsstreitverfahren, die auf Grund des Artikel 2 abzugeben sind, sichern sich beide vertragschließenden Teile gegenseitige Rechtshilfe durch Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen, leihweise Überlassung von Akten oder Zurverfügungstellung beglaubigter Abschriften aus solchen und Erteilung amtlicher Auskünfte zu.

(2) Die Ersuchen um Gewährung der Rechtshilfe sind durch Vermittlung der beiderseitigen Generalüberleitungskommissare zu stellen. Für die Tätigkeit der Behörden werden keine Kosten berechnet, bare Auslagen sind zu erstatten.

II

Steuerverteilungssachen

Artikel 6

Steuerverteilungsverfahren (§ 71 des Preußischen Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 — Preußische Gesetzsamml. S. 152 —), bei denen Gemeinden

niszczenia ewentualnych kosztów powstałych w dotychczasowym przewodzie. Koszty odesłania aktów ponosi władza odsyłająca.

Artykuł 3.

1. W miejsce władz państwowych lub komunalnych albo innych publicznych korporacji, zainteresowanych w administracyjnym przewodzie spornym jako strony wstępują te władze państwowe i komunalne lub inne publiczne korporacje, które byłyby właściwe, gdyby przewód zawisł dopiero po oddaniu obszaru odstąpionego Polsce.

2. Jeżeli jako strona uczestniczy komisarz dla zastępstwa interesu publicznego (ustęp 3 § 74 ustawy o ogólnej administracji kraju z dnia 30. lipca 1883 r.), natenczas traci on uczestnictwo, jeśli jest dla władzy właściwej odtąd po myśli artykułu 1. cudzoziemcem. Ustanowienie nowego komisarza pozostawia się uznaniu władzy, która byłaby właściwą do ustanowienia komisarza, gdyby postępowanie zawisło po uskutecznieniu podziału.

Artykuł 4.

Obydwie układające się strony poręczają sobie wykonanie wszystkich wyroków w administracyjnym przewodzie spornym wydanych, które przed przejściem suwerenności stały się prawomocne albo które uzyskają prawomocność w administracyjnych sprawach spornych, które wisiały już w chwili przejścia suwerenności, o ile takie wyroki uzasadniają roszczenia o zwrot podatków, opłat, składek lub danin wszelkiego rodzaju.

Artykuł 5.

1. W takich administracyjnych przewodach spornych, które mają być oddane na podstawie artykułu 2, obie układające się strony zapewniają sobie wzajemną pomoc prawną przez słuchanie świadków i rzeczoznawców, wypożyczanie aktów lub oddawanie do rozporządzenia ich uwierzytelnionych odpisów oraz przez udzielanie urzędowych wywiadów.

2. Prośby o udzielenie pomocy prawnej należy wnosić za pośrednictwem obustronnych generalnych komisarzy dla przejęcia. Za czynności władz nie ma się zaliczać żadnych kosztów, natomiast inne gotówkowe wydatki należy zwracać.

II.

Sprawy dotyczące rozdziału podatków.

Artykuł 6.

Przewody dotyczące rozdziału podatków (§ 71 pruskiej ustawy o daninach komunalnych z dnia 14. lipca 1893 r. — zbiór ustaw pruskich strona

oder Kreise des oberschlesischen Abstimmungsgebiets beteiligt sind und die zur Zeit des Überganges der Staatshoheit noch nicht rechtskräftig erledigt waren, werden, soweit es sich ausschließlich um Gemeinden oder Kreise im polnisch gewordenen Teile Oberschlesiens handelt, von der polnischen Behörde fortgeführt, die zuständig wäre, wenn das Verfahren erst nach Übergabe des an Polen abgetretenen Gebiets anhängig gemacht worden wäre.

Artikel 7

(1) Sind bei einem noch schwebenden Steuerverteilungsverfahren außer Gemeinden oder Gemeindeverbänden in Polnisch-Oberschlesien auch deutsche Gemeinden oder Kreise beteiligt, so wird das Verfahren von der Behörde fortgeführt, bei der es zur Zeit des Überganges der Staatshoheit geschwebt hat.

(2) Ist jedoch die Summe der Einkommensteuerbeträge, zu denen der Steuerpflichtige von beteiligten deutschen Gemeinden oder Kreisen veranlagt ist, größer als die Summe der Einkommensteuerbeträge, die von beteiligten polnischen Gemeinden oder Kreisen gefordert sind, so ist das Verfahren, falls es zur Zeit des Überganges der Staatshoheit bei einer inzwischen polnisch gewordenen Behörde geschwebt hat, nicht von dieser, sondern von der deutschen Behörde fortzuführen, die für die beteiligte oder die beteiligten deutschen Gemeinden oder Kreise zuständig ist. Im umgekehrten Falle ist das Verfahren von der entsprechenden polnischen Behörde fortzuführen.

Artikel 8

Artikel 1 Abs. 2 sowie die Artikel 2, 4 und 5 kommen sinngemäß zur Anwendung; Artikel 2 mit der Maßgabe, daß die Steuerverteilungssachen, soweit die Abgabe von einer deutschen an eine polnische Behörde zu erfolgen hat, an die Wojewodschaft in Kattowitz, umgekehrt an den Regierungspräsidenten in Oppeln abgegeben werden. Die bezeichneten Stellen geben sie an die nach diesen Abkommen zur Fortführung berufenen Behörden weiter, nachdem sie im Falle des § 58 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 die zuständige Behörde bestimmt oder ihre Bestimmung veranlaßt haben.

Artikel 9

Etwa infolge der Durchführung des Steuerverteilungsverfahrens erforderlich werdende Abrechnungen zwischen Gemeinden und Gemeindeverbänden bleiben vorbehalten. Erforderlichenfalls soll hierüber ein besonderes Abkommen geschlossen werden.

152 —), w których uczestniczą gminy lub powiaty górnośląskiego obszaru plebiscytowego, a które w czasie przejścia suwerenności nie były jeszcze prawomocnie załatwione, będzie, o ile chodzi wyłącznie o gminy lub powiaty w części Górnego Śląska Polsce przypadłej, dalej prowadzić ta polska władza, która byłaby właściwą, gdyby przewód zawisł po oddaniu obszaru odstąpionego Polsce.

Artykuł 7.

1. Jeżeli w wiszącym jeszcze przewodzie dotyczącym rozdziału podatków oprócz gmin lub związków gminnych z niemieckiej części Górnego Śląska biorą udział także polskie gminy lub powiaty, natenczas ta władza będzie dalej prowadziła przewód, u której wisiał on w czasie przejścia suwerenności.

2. Jeżeli jednak suma składek podatku dochodowego, nałożonych na podatnika przez zainteresowane niemieckie gminy lub powiaty, jest większą od sumy składek podatku dochodowego, których żądały zainteresowane polskie gminy lub powiaty, natenczas będzie przewód dalej prowadziła, chociażby zawisł on w czasie przejścia suwerenności u władzy, która w międzyczasie stała się polską, nie ta ostatnia władza, lecz władza niemiecka właściwa dla zainteresowanej niemieckiej gminy lub zainteresowanych niemieckich gmin lub powiatów. W odwrotnym przypadku ma przewód dalej prowadzić odpowiednia władza polska.

Artykuł 8.

Ustęp 2 artykułu 1 oraz artykuły 2, 4 i 5 będzie się stosować analogicznie, a artykuł 2 z tem zastrzeżeniem, że sprawy dotyczące rozdziału podatków, o ile władza niemiecka ma je oddać władzy polskiej, mają być oddane Województwu w Katowicach a w przypadku odwrotnym prezesowi rejencji w Opolu. Po wyznaczeniu w przypadku § 58 ustawy o ogólnej administracji kraju z dnia 30. lipca 1883 lub spowodowaniu wyznaczenia właściwej władzy, wymienione wyżej urzędy podają je władzom powołanym według niniejszego układu do dalszego prowadzenia.

Artykuł 9.

Zastrzega się ewentualne rozliczenia pomiędzy gminami i związkami gminnemi, konieczne na skutek przeprowadzenia przewodu dotyczącego rozdziału podatków. W razie potrzeby winien być co do tego zawarty osobny układ.

III

Beschlußverfahren

Artikel 10

Für die Beschlußverfahren (§§ 115 bis 126 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 sowie § 142 des allgemeinen Berggesetzes für die Preußischen Staaten vom 24. Juni 1865 in Verbindung mit § 150 des Gesetzes über die Zuständigkeit der Verwaltungs- und Verwaltungsgerichtsbehörden vom 1. August 1883 — Preußische Gesetzsamml. S. 237 —) gelten die Bestimmungen der Artikel 1 bis 5 sinngemäß.

IV

Schwebende Rechtsmittelverfahren in Reichs- und in Staatssteuerangelegenheiten

Artikel 11

Auf schwebende Rechtsmittelverfahren in Reichs- und in Staatssteuerangelegenheiten finden, soweit es sich um Veranlagungen aus der Besatzungszeit handelt, die Bestimmungen der Artikel 1 bis 3 und 5 sinngemäße Anwendung.

Artikel 12

Maßgebend für die örtliche Zuständigkeit der zur Entscheidung berufenen Behörden ist bei natürlichen Personen der Wohnsitz oder in Ermangelung eines solchen der Aufenthalt, bei juristischen Personen der Sitz der Verwaltung zur Zeit des Überganges der Staatshoheit.

Artikel 13

Soweit in den im Artikel 11 bezeichneten Rechtsmittelverfahren auf eine Ermäßigung von Reichs- oder Staatssteuern oder auf Freistellung von ihnen erkannt wird, zahlt jeder der beiden vertragschließenden Teile die auf Grund der Entscheidungen seiner Behörden zu erstattenden Beträge. Eine gegenseitige Abrechnung findet nicht statt.

V

Schwebende Rechtsmittelverfahren in Kirchensteuersachen

Artikel 14

Auf schwebende Rechtsmittelverfahren in Kirchensteuersachen finden die Bestimmungen der Artikel 1 bis 5 und, soweit es sich um eine Steuerverteilung handelt, die Bestimmungen der Artikel 6 bis 8 sinngemäße Anwendung.

III.

Postępowanie uchwałowe.

Artykuł 10.

Co do postępowania uchwałowego (§§ 115—126 ustawy o ogólnej administracji kraju z dnia 30. lipca 1883, jako też § 142 ogólnej ustawy górniczej dla państw pruskich z dnia 24. czerwca 1865 w związku z § 150 ustawy o właściwości władz administracyjnych i administracyjnosądowych z dnia 1. sierpnia 1883 — (zbiór ustaw pruskich str. 237 —) obowiązują analogicznie postanowienia artykułów 1—5.

IV.

Wiszące przewody wskutek środków prawnych w sprawach podatków Rzeszy i podatków państwowych.

Artykuł 11.

Do wiszących przewodów wskutek środków prawnych w sprawach podatków Rzeszy i podatków państwowych mają analogiczne zastosowanie postanowienia artykułów 1—3 i 5, o ile chodzi o rozkłady z czasu okupacji.

Artykuł 12.

Dla miejscowej właściwości władz powołanych do rozstrzygania jest miarodajne co do osób fizycznych miejsce zamieszkania, a w braku tegoż miejsce pobytu, co do osób prawnych siedziba zarządu w chwili przejścia suwerenności.

Artykuł 13.

O ile w przewodach wskutek środków prawnych, wymienionych w artykule 11, orzeczono zniżenie podatków Rzeszy lub podatków państwowych albo uwolnienie od nich, natenczas każda z układających się stron płaci kwoty, które mają być zwrócone na podstawie rozstrzygnięć jej władz. Wzajemne rozliczenie nie ma miejsca.

V.

Wiszące przewody na skutek środków prawnych w sprawach podatków kościelnych.

Artykuł 14.

Do wiszących przewodów na skutek środków prawnych w sprawach podatków kościelnych mają analogiczne zastosowanie postanowienia artykułów 1—5, a o ile chodzi o rozdział podatków, postanowienia artykułów 6—8.

VI
Schlußbestimmungen

Artikel 15

(1) Alle Verfahren, die nach diesem Abkommen von einer anderen als der sie bisher bearbeitenden Behörde fortzuführen sind, gelten als von dem Tage des Überganges der Staatshoheit im abgetretenen Gebiete (15. Juni 1922) ab bis zum Ablauf eines Monats nach dem Inkrafttreten dieses Abkommens als unterbrochen.

(2) In solchen unter dieses Abkommen fallenden Angelegenheiten, für deren Behandlung infolge des Überganges der Staatshoheit ein Wechsel in der Zuständigkeit der Behörden eingetreten ist, gelten für den im Abs. 1 bezeichneten Zeitraum alle Fristen als unterbrochen, die für die Einlegung von Rechtsmitteln jeder Art (Einsprüche, Anträge auf mündliche Verhandlung, Klagen, Berufungen, Revisionen, Anträge auf Wiederaufnahme des Verfahrens, Beschwerden, Anträge auf Beschlußfassung durch das Kollegium usw.) vorgeschrieben sind. Ist in einer Angelegenheit der vorbezeichneten Art, während die Frist unterbrochen war, im übrigen aber innerhalb des sonst für die Einlegung des Rechtsmittels vorgeschriebenen Zeitraums das Rechtsmittel bei der Behörde eingelegt worden, die vor dem Übergange der Staatshoheit zuständig war, so gilt die Frist als gewahrt. Nachdem die Fristunterbrechung ihr Ende erreicht hat, müssen alle Rechtsmittel bei den nunmehr zuständigen Behörden eingelegt werden.

Artikel 16

Dieses Abkommen soll ratifiziert und die Ratifikationsurkunden sollen sobald wie möglich ausgetauscht werden. Das Abkommen tritt mit dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

Geschehen in doppelter Ausfertigung je in deutscher und in polnischer Sprache

in Posen, am 26. August 1922.

gez. **Dr. Paul Eckardt** gez. **Dr. Zygmunt Seyda**
gez. **Dr. Gottfried Schwendy**

VI.
Postanowienia końcowe.

Artykuł 15.

1. Wszystkie przewody, które według niniejszego układu mają być dalej prowadzone przez inną władzę niż tę, która dotychczas je opracowywała, uważa się za przerwane od dnia przejścia suwerenności na odstąpionym obszarze (15. czerwca 1922) do końca jednego miesiąca po wejściu w życie niniejszego układu.

2. W takich pod niniejszy układ podpadających sprawach, do traktowania których skutkiem przejścia suwerenności zaszła zmiana właściwości władz, na czas oznaczony w ustępie 1 uważa się za przerwane wszystkie czasokresy, które przepisane są dla założenia środków prawnych wszelkiego rodzaju (sprzeciwy, wnioski na ustną rozprawę, skargi, odwołania, rewizje, wnioski na wznowienie postępowania, zażalenia, wnioski na powzięcie uchwały przez kolegjum i t. d.). Jeżeli w sprawie wyżej oznaczonego rodzaju, kiedy czasokres był przerwany, ale przed upływem czasokresu pozatem dla założenia środka prawnego przepisanego, środek prawny założono u tej władzy, która była właściwą przed przejściem suwerenności, natenczas uważa się czasokres za zachowany. Skoro przerwa czasokresu dobiegła końca, muszą być wszystkie środki prawne założone u władzy odtąd właściwej.

Artykuł 16.

Niniejszy układ będzie ratyfikowany a dokumenty ratyfikacyjne będą w jaknajkrótszym czasie wymienione. Układ wchodzi w życie z chwilą wymiany dokumentów ratyfikacyjnych.

Sporządzono w dwu oryginałach w języku niemieckim i języku polskim.

W Poznaniu dnia 26. sierpnia 1922.

Dr. Paul Eckardt **Dr. Zygmunt Seyda**
Dr. Gottfried Schwendy

Bekanntmachung über die Verlängerung des vorläufigen deutsch-spanischen Handelsübereinkommens vom 15. Januar 1923 (Reichsgesetzbl. II S. 219ff.). Vom 19. Juli 1923.

Durch Notenaustausch zwischen der Deutschen Botschaft in Madrid und dem Königlich Spanischen Ministerium des Äußern ist gemäß Artikel 1 des Ermächtigungsgesetzes vom 9. Juli 1923 (Reichsgesetzbl. II S. 308) die Gültigkeitsdauer des vorläufigen Handelsübereinkommens zwischen der Deutschen Regierung und der Königlich Spanischen Regierung bis zum 30. September 1923 verlängert worden.

Berlin, den 19. Juli 1923.

Der Reichsminister des Auswärtigen
von Rosenberg

Herausgegeben vom Reichsministerium des Innern. – Verlag des Gesetzsammlungsamts, Berlin NW 40, Scharnhorststr. 4. – Gedruckt in der Reichsdruckerei, Berlin.
Den Bezug des Reichsgesetzblatts (auch älterer Jahrgänge und einzelner Nummern) vermitteln die Postanstalten.
Einzelne Nummern können auch unmittelbar beim Gesetzsammlungsamte bezogen werden.